

## Kommunistische Putschversuche 1923

Durch die Geldentwertung und immer mehr steigenden Lebensmittelpreise infolge der Inflation, war die Erbitterung der Bevölkerung auf das höchste gestiegen. Diese Situation benutzten die Kommunisten, die Arbeiterschaft durch Alarmnachrichten und Falschmeldungen auch in Hannover aufzuputschen, wie sie dieses in Westdeutschland teilweise mit Erfolg versucht hatten. Aus nachstehenden Berichten ist zu ersehen, wie sich die Vorgänge in Hannover abgespielt haben.

Hannover, den 11. August 1923

### *Demonstrationen Kommunistische Schwindelparolen*

Die Not der Bevölkerung ist riesengroß. Der Sturz der Mark in die Tiefe, die dadurch hervorgerufene Teuerung und Knappheit an Zahlungsmitteln steigern die Erregung immer mehr.

Die Gewerkschaftsvertreter haben, wie an anderer Stelle betont wird, ihre Pflicht getan und versuchen das Menschenmögliche, um die Verhältnisse zu bessern. Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung ein gewaltiges Steuerbukett für die Besitzenden beschlossen, das den Anfang einer weitgehenden Finanzreform darstellt. Als Folge davon stieg die Mark an den ausländischen Börsen um ein Gewaltiges. Und nun kommen heute die Meldungen von den kommunistischen Hetzereien, „Besetzung der Betriebe“ und ähnlichen Dummheiten, und die Folge war wieder ein starkes Sinken der Mark. Den Kommunisten kommt es

eben gar nicht darauf an, der breiten Masse zu helfen und ihre Not zu lindern. Sie wollen lediglich auf Befehl von Moskau die Not des Volkes ausnutzen, um ihre Aktionen vorwärtszutreiben, wie wir auch an anderer Stelle schon ausgeführt haben.

Wird denn dadurch, daß die Massen auf die Straße gehen, eine Mark Papiergeld mehr gedruckt, wird dadurch das Fett, das nicht vorhanden ist, vermehrt? Das Gegenteil ist der Fall. Die Geschäfte, die noch verkauften, schließen ihre Läden und die Bevölkerung kann gar nichts mehr kaufen.

So wie im Reich, haben heute auch in Hannover gewissenlose kommunistische Drahtzieher versucht, die Arbeiterschaft für ihre unverantwortlichen Aktionen auszunutzen. Bedauerlicherweise ist auch ein Teil der besonnenen Arbeiterschaft auf die kommunistischen Intrigen hineingefallen. Bereits in den frühen Morgenstunden wurden in allen Betrieben kommunistische Flugblätter verteilt, in denen unverhohlen gesagt wurde: „Ihr könnt alle die bei den Großhändlern, Spediteuren usw. zurückgehaltenen ungeheuren Warenmengen herausholen. Geht auf die Straße und dokumentiert euren unbeugsamen Willen, euer Recht zu erzwingen.“

Durch einen ganz gemeinen Schwindel hat man dann die Arbeiter aus einem Teil der Betriebe herausgeholt, um das durchzusetzen, was in dem Flugblatt geraten wurde. In der „Continental“ erschienen Frauen und logen der Arbeiterschaft vor, in der Markthalle seien heute morgen Frauen verprügelt und erschossen worden. Daran ist auch nicht ein einziges Wort wahr. Das wurde dann zum Anlaß genommen, um die Arbeiterschaft aus dem Betriebe zu holen und zu demonstrieren. Gleichzeitig schickte man kommunistische Kuriere in alle Betriebe, erzählte denen dieselben Schwindeleien, „ordnete“ an, daß Samariter mitgebracht werden sollten, da überall in der Stadt Blut und Leichen seien. So wurde die Erregung künstlich geschürt, um die Massen dann plan- und ziellos auf die Straße zu treiben.

#### *Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem Oberpräsidium*

Die maßgebenden Stellen der Gewerkschaften haben heute mittag mit prominenten Vertretern des Oberpräsidiums verhandelt, wobei folgender Antrag gestellt wurde:

„Zur Beseitigung der Lebensmittelnot in Hannover wolle das Oberpräsidium alle ihm untergeordneten Stellen anweisen, daß in sämtlichen Gemeinden Lebensmittelsammelstellen für Kartoffeln usw. eingerichtet werden. Die Abholung dieser von den Gemeindevorstehern gesammelten Behörden unter Hinzuziehung aller verfügbaren Lastkraftwagen der Nahrungsmittel hat durch die für die Stadt Hannover verantwortlichen Polizei, Reichswehr, Industrie usw. zu erfolgen“  
Bis zur Stunde sind die Verhandlungen nicht abgeschlossen.

*An die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft Hannovers*

Ungeheuer groß ist die Not aller Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der Kleinrentner, Sozialrentner und der Kriegsofopfer. Kein Wunder, wenn es hier oder dort zu Verzweiflungsausbrüchen kommt, die aber leider auch nicht den gegenwärtigen Zustand beseitigen. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen sowie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sind seit langem bemüht, durch die Gesetzgebung den herrschenden wirtschaftlichen Zuständen zu Leibe zu gehen. Die gestern im Reichstage angenommenen Finanzgesetze sind der Initiative der oben genannten Arbeitervvertretungen in erster Linie zuzuschreiben. Vor allem kommt es darauf an, den Besitz zu erfassen. Mit Gewaltmaßnahmen kann dies aber niemals erreicht werden. Durch Plünderungen von Lebensmittel- und sonstigen Geschäften wird die Not nur vergrößert. Heute morgen ist ein Flugblatt, unterzeichnet „Die kommunistischen Betriebsräte“, in den Betrieben verteilt. Als Forderung wird erhoben: Wochenlohn 30 Goldmark, Wirtschaftsbeihilfe 10 Millionen, Kontrollausschuß für Hannover. Am letzten Donnerstag ist eine Konferenz der maßgebenden Gewerkschaften Hannovers mit den Arbeitgeberverbänden vereinbart für heute (Sonnabend) mittag. In dieser Konferenz sollen die Forderungen der Arbeiterschaft besprochen werden. Das Ergebnis wird den Mitgliedern schnellstens bekanntgegeben. Die Gewerkschaftsführer wissen, was im Augenblick not tut, weil sie es am eigenen Leibe spüren. Einer besonderen Aufforderung dazu, wie das Flugblatt sagt, bedarf es nicht. Die Arbeiter sollen auf die Straße gehen. Damit kann die Not aber nicht beseitigt werden. In der gegenwärtigen aufgeregten Zeit bleibt es gewöhnlich nicht bei Demonstrationen.

## Ein Aufruf des Magistrats

Auf Vorstellungen der Sozialdemokratischen Rathausfraktion, was der Magistrat in Anbetracht der Verhältnisse in der Stadt zu tun gedenke, erläßt der Magistrat folgenden Aufruf:

Durch Gerüchte, deren Begründung nicht feststeht, ist besonders bei den Frauen der werktätigen Bevölkerung Aufregung hervorgerufen. Diese Aufregung ist in die Betriebe getragen. Arbeitseinstellungen, die darauf zurückzuführen sind, haben einem Teile Veranlassung gegeben, Demonstrationen zu veranstalten. Dabei ist gefordert worden, daß die Stadtverwaltung den offensichtlich vorhandenen Notständen entgegenwirken soll. Die Stadtverwaltung hat weder Mittel, noch irgendwelche gesetzlichen Rechte, Anordnungen zur Abhilfe zu treffen; sie hat aber die zuständigen Stellen auf die bedrohlichen Erscheinungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage rechtzeitig aufmerksam gemacht. Hervorgerufen ist die Aufregung hauptsächlich durch den Mangel an Zahlungsmitteln. Unverständlicherweise haben in völliger Verkennung der Notlage Geschäftsleute die Annahme der Notzahlungsmittel verweigert, ohne zu bedenken, daß sie damit die Aufregung in der Bevölkerung verstärken. Es muß deshalb dringend gebeten werden, in der ganzen Bevölkerung alles zu unterlassen, was irgendwie dazu beitragen kann, die Erregung zu steigern. Wir bitten deshalb auch die Arbeiter und Angestellten, ihre Betriebe nicht zu verlassen und richten auch an die Frauen der Arbeitenden die Bitte, sich nicht durch solche Gerüchte beeinflussen zu lassen. Unverantwortliche Elemente versuchen, sie aufzuwiegeln, um Ziele zu fördern, die nicht im Interesse der ganzen Bevölkerung liegen.

Ruhe und Besonnenheit ist gerade im gegenwärtigen Augenblick dringend notwendig, damit die Bevölkerung nicht noch in größere Not und schlimmeres Elend gestürzt wird.

Hannover, den 11. August 1923

Der Magistrat  
Leinert

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion fand sofort eine Sitzung der städtischen Kollegien statt. Unser Fraktionsvorsitzender F. Feldmann und Wortführer Ernst Andree sprachen zur Lage, geißelten das verbrecherische Treiben der Kommunisten und forderten energische Maß-

nahmen des Magistrats. Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

*In der Erwägung, daß die Hauptursachen der gegenwärtigen Notlage in der widerrechtlichen Besetzung des Ruhrgebietes und in dem völligen Versagen der bisherigen Regierung auf dem Gebiete einer durchgreifenden Währungs- und Finanzreform zu suchen sind, beschließen die städtischen Kollegien Hannovers, an die zuständigen Regierungsstellen in Berlin das dringende Ersuchen zu richten, schnellstens und mit aller Kraft zu wirken,*

1. für energische Durchführung der beschlossenen Steuergesetze;
2. für eine durchgreifende Finanzreform auf der Grundlage der Heranziehung der Wirtschaft mit garantierter Belastung ihrer Sachwerte;
3. für eine Währungsreform durch schleunige Stilllegung der Notenspresse, Geldkredite und Vorbereitung der Goldwährung;
4. für wertbeständige Gehälter und Löhne und Anpassung der gesamten Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege an die Geldentwertung, und
5. für außenpolitische Aktivität zur Lösung der Reparationsfrage unter vollster Wahrung der Einheit der Nation und der Selbständigkeit der deutschen Republik.

*Hannover, den 14. August 1923*

*Feldmann*

Durch den von den Kommunisten hervorgerufenen ungeheuren Tumult konnte die Sitzung nicht zu Ende geführt werden. Der Antrag wurde von der sozialdemokratischen Fraktion mit Zustimmung des Magistrats der Regierung direkt zugeleitet.

Hannover, den 13. August 1923

*Zur Lage*

Am Sonnabend und Sonntag ist Hannover der Schauplatz überaus trauriger Ereignisse geworden. Außer beim Kapp-Putsch hat unsere Stadt solche Szenen noch nicht gesehen. Fünf Tote sind auf der Straße geblieben, etwa 100 Verwundete sind von den Samaritern mit Notverbänden versehen. Und warum das alles? Weshalb die Toten und Verwundeten?

Schon am Sonnabend teilten wir mit, daß es sich bei der ganzen Aktion nicht in erster Linie um eine wirtschaftliche, sondern um eine politische Aktion der Kommunisten handelt. In allen Betrieben waren gleichzeitig die Flugblätter verbreitet, die aufforderten, auf die Straße zu gehen. Aus Burgdorf (!) kamen zur selben Zeit kommunistische Kuriere und verleiteten die Arbeiterschaft in Misburg, teilweise die Arbeit niederzulegen und nach Hannover zu marschieren. Warum? Lebensmittel waren da doch auch nicht vorhanden. „Die Großhändler, Spediteure usw., die ungeheure Warenmengen zurückgehalten“, sind an keiner Stelle genannt worden.

Es ist doch selbst den Kommunisten bekannt, wenn sie ihre Parolen herausgeben, daß sich sehr viele zweifelhafte Elemente an ihre Rockschöße hängen, weil sie glauben, im trüben fischen zu können. Das bewahrheitete sich auch wieder am Sonnabend, denn in den Abendstunden gingen diese Elemente dazu über, eine Anzahl von Konfektionsgeschäften, Wäschegeschäften usw. zu plündern, ein Beweis, daß es ihnen nicht darauf ankam, ihren hungernden Magen zu füllen, sondern lediglich darauf, etwas zu erben. Dabei ist es zu scharfen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die eine Anzahl Plünderer festnahm und eine Anzahl verletzte. Auch am Sonntag ist es wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Tausende von neugierigen Zuschauern, die sich der Tragweite nicht bewußt waren, drängten sich auf den Straßen, was natürlich von den zweifelhaften Elementen benutzt wurde, um sich dahinter zu verstecken und die Polizei zu reizen. Es kam wieder zu bedauerlichen Zusammenstößen am Steintor und an der Georgstraße. Zahlreiche Verletzte mußten von rührigen Arbeitersamaritern und Sanitätern vom Roten Kreuz weggetragen und mit Notverbänden versehen werden.

Vor dem Gewerkschaftshause standen während der ganzen Tage Gruppen erregter Menschen, die sich von allen möglichen Rednern aufpeitschen und verhetzen ließen. Gewerkschaftsführer und bekannte Genossen und Arbeitskollegen wurden tätlich bedroht und verschiedene Elemente versuchten in das Gewerkschaftshaus gewaltsam einzudringen und die Ordner der Partei, die das Haus beschützen wollten, zu verprügeln. Das ist aber nicht gelungen.

Der Genosse Feldmann, der sich mit seiner Frau auf dem Wege zum Volksheim befand und versuchte, auf die erregte Menge beruhigend ein-

zuwirken, wurde tötlich bedroht und umzingelt. Er wurde jedoch noch früh genug von Mitgliedern des Brauerverbandes, die im Volksheim eine Tagung abhielten, unter Leitung des Genossen Mündel aus dem Tumult herausgeholt.

### *Die Lage am Montag*

In einem am Sonntag herausgegebenen Flugblatt haben die Kommunisten zum Generalstreik am heutigen Montag aufgerufen, entsprechend den Weisungen der „Roten Fahne“. Die meisten Betriebe sind dieser Parole nicht gefolgt. Hacketal, Körting, Exzelsior, Lindener Eisen- und Stahlwerke, Constantin, Günther Wagner u. a. arbeiten. Die Arbeiterschaft der Hanomag, wo es zu recht unliebsamen Zwischenfällen gekommen ist, und der Hawa haben sich am Lindener Berg versammelt, während die Arbeiter der Continental nach Hause gegangen sind.

Betriebsräte der drei streikenden Betriebe waren beim Oberpräsidenten Genossen Noske vorstellig und verlangten die Übernahme der Polizei, was ihnen abgelehnt wurde. Auf unsere telefonische Anfrage erklärte uns Genosse Noske, daß er die Polizei sofort zurückziehen würde, wenn keine unmittelbare Gefahr mehr bestehe. Die Polizei wäre froh, wenn sie von der Straße verschwinden könne.

*Der Oberpräsident, der Regierungspräsident und der Polizeipräsident erlassen folgende Bekanntmachung:*

*Die Unruhen am Sonnabend sind nicht spontan entstanden, sondern eine politische Aktion, vorbereitet durch Agitation und Flugblätter der Kommunistischen Partei, durch welche die Massen auf die Straße gerufen wurden. Eine Partei, die trotz des ausdrücklichen Verbots in so erregter Zeit die Massen in Bewegung setzt, ist für die dabei unvermeidlichen Ausschreitungen und Plünderungen verantwortlich.*

*Bei den Plünderungen sind außer jugendlichem Janhagel auch Arbeiter aus Misburg verhaftet worden, die auf Anweisung der Kommunistischen Partei in geschlossenem Zuge zur Teilnahme an den Unruhen anmarschiert waren. Die hannoversche Arbeiterschaft hat sich zum weitaus größten Teil an den Ausschreitungen nicht beteiligt.*

*Die Schutzpolizei hat von der Waffe erst Gebrauch gemacht, nachdem sie tötlich angegriffen und in ihrer Sicherheit bedroht war. Daß dabei*

*Menschen getötet und verletzt worden sind, ist tief bedauerlich; die Schuld daran fällt aber ausschließlich den Veranstaltern der Massenbewegung zu.*

*Die Ordnung und Sicherheit in der Stadt wird unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Die Bevölkerung wird dringend ermahnt, die Polizei nicht in die Notwendigkeit zu versetzen, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Vor unnötigem Aufenthalt auf der Straße wird gewarnt.*

Bedenklich wurde die Situation erst am Montagabend, als auf der Straße eine wüste Schießerei einsetzte, die Schaufenster einiger Warenhäuser zerschossen und teilweise auch geplündert wurden. Der Parteivorstand und die Abteilungsleiter hatten abends 10 Uhr noch eine Sitzung abgehalten, um über die zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten. Ein Teil der Vorstandsmitglieder und einige andere Genossen blieben während der Nacht im Gewerkschaftshaus, um die Lage zu überwachen. Inzwischen hatte ein Teil der Putschisten, meist junge, irregeleitete Menschen, mit dem Gewehr im Arm, die Treppen des Gewerkschaftshauses besetzt. Um Mitternacht stellte der kommandierende General telefonisch das Ultimatum, wenn nicht binnen 20 Minuten das Gewerkschaftshaus geräumt sei, werde er es von der Artillerie, die in der Langen Laube aufgefahren war, zusammenschießen lassen. Als dann die Belagerer versuchten, die Türen der Büros mit den Kolben einzuschlagen, gingen die im Hause anwesenden Genossen zum Angriff über und es gelang, die jungen Menschen teils durch gütiges Zureden, teils durch Gewalt aus dem Hause hinauszudrängen.

Das Gewerkschaftshaus war vor der Zerstörung bewahrt geblieben. In den nächsten Nächten übernahmen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre den Schutz des Gewerkschaftshauses.

Durch das tatkräftige Eingreifen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen war nach einigen Tagen die Ruhe in Hannover wieder hergestellt.

Nach dem Bericht des Arbeitersamariterbundes wurden *drei Tote geborgen*. Außerdem wurden *72 Verletzte* in die Krankenhäuser eingeliefert. Ein Verletzter verstarb im Krankenhaus. Das war *das traurige Resultat des kommunistischen Putsches*.